

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

10.8.1929 (No. 184)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Rpf. - Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite.

Letzte Nachrichten

Die Rückkehr des „Graf Zeppelin“

Um 1 Uhr in Friedrichshafen gelandet. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am 1.02 Uhr nach 55 stündiger Fahrt gelandet.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das am Mittwoch die Scilly-Inseln im englischen Kanal überflog, passierte heute morgen 6.40 Paris.

Das Luftschiff überflog kurz nach 11 Uhr die Stadt Basel, entbot ihr durch eine große Schleife seinen Gruß und wandte sich dann dem deutschen Heimatboden in Richtung Friedrichshafen zu.

Amerika über den Zeppelinflug

W.D. New York, 10. Aug. Die Blätter bringen die Nachrichten vom Zeppelinflug an hervorragender Stelle und heben allgemein die außerordentlich schnelle Fahrt des Luftschiffes hervor.

Der russisch-chinesische Konflikt

W.D. Schanghai, 10. Aug. (Tel.) (Vom Sonderberichterstatter des W.D.) Der chinesische Außenminister erklärte in einem Interview auf die Frage nach dem Stande der Verhandlungen mit Sowjetrußland, daß niemals ein Fortschritt in den Verhandlungen zu verzeichnen gewesen sei.

Reklameschau Berlin 1929

W.D. Berlin, 5. Aug. (Tel.) Heute vormittag 11 Uhr wurde in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm die „Reklameschau 1929 Berlin“, die der Reichsverband deutscher Reklamefirmen e. V. zusammen mit dem Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin vorbereitet hatte, eröffnet.

Tagung der Handwerkerorganisationen

Die Vorstände des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages, sowie des Reichsverbandes des deutschen Handwerks trafen zu einer gemeinsamen Sitzung in Breslau zusammen.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Festsetzung von Richtlinien für ein mit den übrigen Spitzenverbänden der Wirtschaft für die Verhandlungen der Ausschüsse des Kammerkongresses und des Reichsverbandes über Finanz- und Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik sowie Verfassungs- und Verwaltungsreform.

Dr. Schacht bei den christlichen Gewerkschaften

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist, vom Haag kommend, nach einem kurzen Aufenthalt in Düsseldorf am Donnerstag in Essen eingetroffen, wo er in einer nichtöffentlichen und auch der Presse unzugänglichen Funktionärsversammlung der christlichen Gewerkschaften zur Reparationsfrage gesprochen hat.

Dr. Schacht erläuterte die Bedeutung des Youngplanes im Rahmen der Gesamtentwicklung des Reparationsproblems und verwies vor allem auf die Wichtigkeit der Beseitigung der ausländischen Kontrolle im Hinblick auf die soziale Entwicklung in Deutschland.

In der Nachmittagsitzung, der Dr. Schacht nicht mehr anwohnte, wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Das Deutsche Reich braucht, um seine gewaltigen Verpflichtungen erfüllen zu können, die Möglichkeit einer freien Entfaltung seiner Kräfte, ohne neue Einmischung von außen.

Die Besserung im Befinden des Reichskanzlers hält an. Puls und Temperatur sind normal, so daß man mit baldiger völliger Wiederherstellung rechnen kann.

Zehn Jahre deutscher Verfassung

Von A. Weismann, Mitglied des Bad. Landtags

Inmitten eines Volkes, in der Geschichte der Nation sind gewiß zehn Jahre nur eine kurze Spanne Zeit; im ständigen Kampf der Parteien und der Meinungen über die Weimarer Verfassung spielen sie aber sicherlich eine Rolle.

Anders bei der Weimarer Verfassung! Ihre Geburt und ihr Werden wurde unter den denkbar ungünstigsten staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen vollzogen.

Wahrlich, unter schwierigeren Umständen hat sich selten ein Großstaat eine Verfassung gegeben, ein völlig neues Staatskleid nähen müssen. Dazu drängt die Zeit! Am 19. Januar 1919 hatten die Wähler zur deutschen Nationalversammlung stattgefunden.

Was brachten die Beratungen? Skizzieren wir kurz die folgenden Punkte: Artikel 1: Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Artikel 3: Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold. Die Handelsflagge ist Schwarz-Weiß-Rot, mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.

Artikel 105: Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte sind unstatthaft.

Artikel 109: Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben bürgerlichen Rechte und Pflichten.

Artikel 114: Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Eine Beeinträchtigung oder Entziehung der persönlichen Freiheit durch die öffentliche Gewalt ist nur auf Grund von Gesetzen zulässig.

Artikel 118: Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern.

Artikel 122: Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige oder körperliche Verwahrlosung zu schützen. Staat und Gemeinden haben die erforderlichen Einrichtungen zu treffen.

Artikel 123: Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln.

Artikel 124: Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden.

Artikel 129: Die Anstellung der Beamten erfolgt auf Lebenszeit, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist.

stimmt ist. Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung werden gesetzlich geregelt. Die wohlverordneten Rechte der Beamten sind unverletzlich.

Artikel 135: Alle Bewohner des Reichs genießen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz.

Artikel 137: Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenschluß von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebietes unterliegt keinen Beschränkungen.

Artikel 139: Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.

Artikel 142: Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil.

Artikel 148: In allen Schulen ist sittliche Bildung staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung zu erstreben.

Artikel 153: Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das allgemeine Beste.

Artikel 159: Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.

Artikel 165: Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.

Daß in der Verfassung natürlich noch eine Anzahl beachtenswerter, staatspolitisch wichtiger Punkte enthalten ist, ist selbstverständlich. Man würdige vor allem auch die prächtigen Worte der Einleitung, die das Volk als souveränen Träger des Staates festlegt.

„Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“

Ihr folgt dann, wie oben bemerkt, im zweiten Satz des Artikels 1 die Formulierung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Dies zeichnet wohl Richtung und Plan der Grundelemente der Weimarer Verfassung klar und deutlich an.

Und gleichwohl oder vielleicht gerade deswegen der in den letzten zehn Jahren oft furchtbar scharf geführte Kampf ganz rechts- oder ganz linksstehender Parteien gegen die Verfassung vom 11. August 1919! Die Kommunisten verkündeten als ihr Ziel: Die Diktatur des Proletariats, die Hakenkreuzler und Stahlhelmler und zum Teil auch Deutschnationale fordern u. a. mehr Macht für den Reichspräsidenten — siehe die präzise Forderung des Stahlhelmführers Selbte in dem angekündigten Volksbegehren — und überhaupt Kampf der Weimarer Verfassung!

Hat er in den letzten zehn Jahren einigen Erfolg gehabt? Man darf registrieren den Kapp-Putsch vom Jahre 1920, und auf derselben Linie stand der Anfang November 1923 in München durch die Hitlerleute unternommene Versuch des bewaffneten Kampfes gegen das Reich und gegen die Grundprinzipien der Weimarer Verfassung!

Die von rechts wetteten gegen die „radikale Gleichmacherei der Weimarer Verfassung“, und die Kommunisten verkündeten unaufhörlich, den Weimarer Papieren werde baldigst ein kaiserlicher General an seinem Säbel aufspießen! Nichts von alledem! Das Reich und die Weimarer Verfassung haben standgehalten! Befestigt haben sich inzwischen unsere politischen Verhältnisse, und sicher ist unmöglich ein zweiter Kapp- oder Hitlerputsch! Diese politische Ehrenrettung des neuen Deutschlands darf man mit gutem Gewissen am 11. August 1929 vornehmen.

# Andauernde Krise im Haag

Nur der Ton konzilianter

W.A. Haag, 10. Aug. (Priv.-Meld.) Die heutige Vormittagsitzung der Finanzkommission, die noch im Gange ist, brachte im wesentlichen eine Auseinandersetzung zwischen Graham (England) und Chéron (Frankreich), die sich zunächst um die Änderung des Spaaschlüssels drehte. Graham ging im einzelnen auf diese Veränderungen ein, die Chéron seinerseits bestritt. In der Sachlieferungsfrage betonte Graham die Schwierigkeiten, die hierdurch für England entstanden, und forderte Abhilfe. Chéron meinte, daß sich über Maßnahmen zum Schutze der englischen Interessen in diesem Punkte hier reden lassen würde. — Es hat also den Anschein, als ob diese englisch-französische Auseinandersetzung jetzt einen etwas konzilianteren Charakter annehmen würde. Die Sitzung dauert noch an.

## Unveränderte Haltung Englands

W.A. London, 10. Aug. (Tel.) Reuter meldet aus dem Haag: Es besteht nicht das geringste Anzeichen dafür, daß eine Möglichkeit zur Lösung des Reparationsproblems gefunden worden ist, und unter den Delegierten herrscht, insbesondere nach Briands Erklärung, daß die Lage sehr ernst sei und daß die Verantwortung im Falle eines Abbruchs nicht auf Frankreich geschoben werden könne, Pessimismus vor. Viel hängt von dem Ergebnis der heutigen Beratungen des Finanzausschusses ab. Gerüchtweise verlautet, daß in dieser Sitzung wahrscheinlich mitgeteilt werde, daß es nicht möglich gewesen sei, die Grundlage eines Abereinkommens zu finden, daß jedoch ein weiterer Versuch gemacht werden müsse und die Kommission sich daher für einige Tage vertagen werde, damit die privaten Besprechungen fortgesetzt werden könnten.

Eine weitere Haager Neutermeldung besagt: Snowden äußerte, nachdem er von dem Inhalt der Äußerungen Briands Kenntnis erhalten hatte, seine Antwort darauf sei, wenn die Konferenz scheitern sollte, so würde dies sicher nicht die Schuld Englands sein. Als Snowden mitgeteilt wurde, daß in französischen Kreisen immer noch die Auffassung vorherrsche, daß er blasse, antwortete Snowden mit einem grimmi gen Lächeln: „In dem Falle sollen sie lieber abwarten.“

W.A. Paris, 10. Aug. (Tel.) „Petit Parisien“ berichtet, daß am Ende der belgischen Delegation im Haag gestern eine Besprechung stattgefunden habe, bei der im Namen Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans beschlossen worden sei, an der bis jetzt eingenommenen Haltung festzuhalten, d. h. den Youngplan als ein unteilbares Ganzes anzusehen und keine Abänderung des Planes zuzulassen.

## Macdonald will nach dem Haag fliegen?

W.A. London, 10. Aug. (Tel.) „Daily News“ will von einer „dramatischen Entwicklung“ in der kritischen internationalen Lage wissen, die wegen Snowdens unangenehmer Riehe im Haag entstanden sei. Macdonald habe gestern seinen Erholungsurlaub in Schottland unterbrochen und beabsichtige, nach dem Haag zu fliegen, was jedoch vom Privatsekretär Macdonalds dementiert wurde. Der Herausgeber des „Economist“, der bekannte Finanz- und Wirtschaftsjournalist, Lawton, wendet sich gegen einen Abbruch der Haager Konferenz und bemerkt, Snowdens Aktion könne zum Scheitern der Konferenz führen. Dies würde sehr ernste politische und wirtschaftliche Folgen haben.

## Räumung und Kontrolle

Während die finanzielle Kommission im Haag erst heute, Samstag, vormittag wieder zusammengetreten ist, tagte am gestrigen Freitag die politische Kommission zum zweitenmal. Es wurde beschlossen, einen Unterausschuß von Juristen zu bilden, der beauftragt wird, die rechtliche Seite des Vertrags ergebende Lage zu prüfen und die Angelegenheit wieder in der Kommission zu erörtern, sobald der Bericht der Juristen vorliegt. Die Kommission wird am Montagvormittag wieder zusammentreten.

In der Kommission kam es Freitag nachmittag zu einer Debatte über die Räumungs- und Kontrollfrage.

Der Grundsatz der Räumung unter Zustimmung der anderen

Aber damit darf es nicht sein Bewenden haben. Das Volk, der Bürger, der einzelne sollen zum Interesse an der Verfassung und am Staat erzogen werden. Daß es hier noch fehlt, wissen wir! Aber gerade die großen Vorbereitungen, welche in den letzten Tagen im ganzen Reich zu der diesjährigen Verfassungsfeier getroffen wurden, zeugen von dem Erstarren des Interesses an der Verfassung und am staatlichen Leben! Auch im letzten Orte finden sich morgen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen zur Verfassungsfeier zusammen! Dies wird erleichtert dadurch, daß der 11. August auf einen Sonntag fällt, aber gewisse Strömungen unseres politischen Lebens lassen das allmähliche Verständnis für den ausgezeichneten Inhalt der Weimarer Verfassung klar erkennen.

Welche Hemmungen boten doch früher Verfassungsänderungen, wie z. B. die Reformierung des preussischen Dreiklassenwahlrechts? Sie erfolgte im Rahmen der alten Verfassung überhaupt nicht. Heute dagegen haben wir — einerlei, wie man sich im einzelnen dazu stellen mag — im Reich, in den Ländern, in den Gemeinden und in den sonstigen öffentlichen Körperschaften das allgemeine, freie und direkte Wahlrecht, das sich im innerpolitischen Leben Deutschlands und in der Erziehung breiter Schichten des deutschen Volkes gewiß erst nach Jahrzehnten auswirken wird, aber doch als ein ungeheurer Fortschritt betrachtet werden darf, der uns zweifellos an die Spitze aller parlamentarisch regierten Staaten Europas gestellt hat. Denn schließlich werden Verfassungen, wie schon bemerkt, auf lange Sicht und auf viele Jahrzehnte hinaus gemacht.

Was liegt ferner gegenüber früheren Verfassungsbestimmungen für eine Garantie des Friedens im 2. Absatz des § 45: „Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz.“ Nicht mehr können einzelne Personen und Staatsmänner ein ganzes Volk in das furchtbare Unglück eines Krieges stürzen. Die berufene Vertretung der Staatsbürger, der Reichstag, hat die letzte Entscheidung. Dies gibt Sicherheit gegen leichtfertige Kriegserklärung.

Wie ist in der Verfassung auch fast aller einzelnen Stände und Verufe gedacht, und wie großen Schutz bieten ihnen die verschiedenen Artikel der Verfassung? Sie verdient es, daß nach zehn Jahren ihrer ehrend in allen Kreisen unseres Volkes gedacht wird.

In Deutschland wird um die Richtung der innerpolitischen Entwicklung gekämpft. Dieser Kampf kann nur zugunsten der Weimarer Verfassung, zugunsten der Demokratie entschieden werden. Die erste Etappe auf dem Wege dahin liegt noch zehn Jahren hinter uns. Die Weimarer Verfassung hat die politische Probe bestanden; sie wird uns auch in den weiteren Etappen der staatspolitischen Entwicklung sicherer Führer und Leiter sein! Dazu soll helfen die in der Verfassung verankerte politische und soziale Demokratie. Sie ist die einzige Form, die imstande ist, uns ohne die Erschütterungen gewalttätiger Herrschaftsmethoden zu wahrer politischer Freiheit und zu der so notwendigen sozialen Gerechtigkeit emporzuführen.

Reichspräsident von Hindenburg wird nach der Verfassungsfeier am Sonntagabend Berlin verlassen und seinen Urlaub wie alljährlich in Dietramszell bei Tölz (Oberbayern) verbringen.

Schwere Zusammenstöße in Berlin. Im Berliner Osten wurden Freitagabend gegen 9 Uhr nach Auflösung eines Kommunistenzuges drei Polizeibeamte von der Menge angefallen. Einer sah sich gezwungen, von der Schutzwaffe Gebrauch zu machen und zwei Schüsse abzugeben. Ein Angreifer wurde getötet, ein anderer verletzt. Aus der Menge waren Schüsse gefallen, durch die zwei Beamte leicht verwundet wurden.

## Wettbewerb der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen e. V. Berlin

In den Ausstellungsräumen des Landesgewerbeamtes sind zur Zeit die Ergebnisse des Wettbewerbs der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen e. V. Berlin, „Bebauung des Geländes der Forschungsinsel Berlin-Spandau“ für die Zeit bis Anfang September ausgestellt. In gleicher Zeit findet auch erstmalig die Ausstellung der vom Landesgewerbeamt neuangelegten Sammlung „Bilder der Technik“ statt. Die Besuchszeiten sind: Wochentags: von 10—1 und 3—5 Uhr, Montag vormittag geschlossen. Sonntags: von 11—1 Uhr. Eintritt ist frei.

## „Preciosa“ auf der Otigheimer Freilichtbühne

In einer Besprechung über das Otigheimer Volksschauspiel schreibt die bekannte Schriftstellerin und Korrespondentin Inge Karsten u. a.: „Oberammergau, Bayreuth, Otigheim sind drei Kulturzentren, die in ihren Spielzeiten in keinem Reiseprogramm des In- und Auslands fehlen. In den letzten Jahren ist es besonders Otigheim, lieblich in sein Landschaftsbild eingebettet, das durch die Genialität des Ortspfarrers Saier im Mittelpunkt des künstlerischen Interesses steht.“ — Die Otigheimer Festspiele brachten in ihrem ersten Teil das tiefgründige „Mehopfer“ von Franz Saier, als zweites Webers entzückend romantisches Werk „Preciosa“, von Franz Saier mit dem ihm eigenen Blick für Szenenwirkungen der Otigheimer Freilichtbühne ganz wunderbar angepaßt. Die spanische Eigenromantik ist auf so künstlerische Weise in die deutsche Landschaft hineinkomponiert, daß die Verschmelzung dieser beiden Stilarten sich auf eine ganz natürliche Weise vollzieht. Was man im Theater als überwundene Sentimentalität empfinden würde, hier draußen in Licht, Luft und Sonne, auf der Otigheimer Freilichtbühne wird es wieder Gegenwart, Wahrheit. Eine glänzendere Würdigung hätte dem Otigheimer Volksspiel nicht zuteil werden können: auf dieses Lob aus berufener Munde darf Otigheim ganz besonders stolz sein. Das reizende Eigenwerk mit seiner vornehmen Musik, seinen feurigen Tönen und seinem schauspielerisch hochstehenden Spiel findet durchweg die beste Anerkennung. Beweis dafür

Hauptmächte wurde von Briand anerkannt, aber unter zwei Voraussetzungen, einmal, daß „das Endergebnis gebunden sei an den Erfolg“ der Verhandlungen in der Finanzkommission, zum zweiten, daß die Frage der Einsetzung einer Feststellungskommission für das Rheinland geklärt werde. Dazu führte Briand aus: Die Demilitarisierung des Rheinlands unterstehe auf Grund des Artikels 213 des Versailler Vertrags und der Investitionsvereinbarung vom Dezember 1926 dem Völkerbundrat. Es würde aber für die deutsch-französischen Beziehungen nicht sein, wenn der Rat auch in den kleineren Fragen angegangen werden müßte, deshalb wäre es zu empfehlen, für solche kleineren Fälle einen besonderen Apparat zu schaffen. Er wandte sich gegen die Behauptungen der deutschen Presse, daß er eine schändliche Kontrolle, ja sogar eine militärische Kontrolle im bisher besetzten Gebiet schaffen wolle. Nichts dergleichen sei ihm im Sinn. Die Kommission solle eine Feststellungs- und Versöhnungskommission sein, in der Deutschland Sitz und Stimme haben werde, eine Kommission, die wohl ständig vorhanden, aber nicht ständig in Tätigkeit sein werde, sondern die erst von den beteiligten Regierungen angegangen werden müsse, bevor sie in Aktion treten könnte.

Dem französischen Premierminister antworteten Stresemann und Wirth. Aus den Reden hebt die „Deutsche Allgem. Ztg.“ folgendes hervor:

Dr. Stresemann erklärte, das gegenwärtig bestehende Verfahren für den Fall von Meinungsverschiedenheiten sei vollkommen ausreichend. Locarno und Völkerbundspakt böten Frankreich jede irgendwie mögliche Sicherheit. Es hieße nur, diese Bürgschaften diskreditieren, wenn man neue schaffen wolle. Die in Locarno vorgesehene Kommission reiche vollkommen aus. Man brauche keine neue zu gründen.

Dr. Wirth erklärte, daß er und seine Partei seit jeher für die Verständigung mit Frankreich eingetreten seien. Er erwähnte die Ermordung Erzherzogs. Deutschland stehe am Scheidewege. Es wäre nicht aufrichtig, wenn er verschwiege, daß die Annahme einer Kontrollkommission auf unbestimmte Zeit den Sturz der jetzigen Regierung zur Folge haben werde. In Deutschland gebe es eine große Volksbewegung gegen den Youngplan. Dr. Stresemanns Politik sei bisher von einer Mehrheit des deutschen Volkes unterstützt worden. Diese Mehrheit müsse vergrößert und nicht gespalten werden. — Die ersten und pathetischen Worte Dr. Wirths waren, wie das genannte Blatt bemerkt, nicht ohne Wirkung.

Im Zusammenhang mit diesen indirekten französisch-englischen Auseinandersetzungen tauchen hier fortwährend Gerüchte auf, wonach Snowden abreisen und Macdonald herkommen werde. Die Bemühungen um eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte gehen weiter und haben heute mindestens nicht geringere Aussicht auf Erfolg als gestern.

In der Debatte ergriff u. a. der englische Vertreter Sir Eric Phipps das Wort. Seine Erklärung ließ eine ganz deutliche Stellungnahme vermissen. Er sprach sich gegen eine Kontrolle aus, meint aber, daß, wenn man eine neue Einrichtung schaffe, dies nur ein kleiner Apparat sein dürfe. Der Belgier trat natürlich für die Feststellungskommission ein.

## Briand bei Stresemann

W.A. Haag, 10. Aug. (Tel.) Briand stiftete heute vormittag dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen Besuch ab, um mit ihm Besprechungen über das Arbeitsprogramm der technischen Unterkommission für die Räumungsfragen zu führen.

## Zur Rechtslage

wird deutscherseits erklärt: In der juristischen Kommission werde der deutsche Vertreter darauf hinweisen, daß der Artikel 213 des Versailler Vertrags, der Locarnovertrag u. s. w. die Einsetzung einer neuen Feststellungskommission unnötig machen. Artikel 4 des Locarnovertrages steht ausdrücklich vor, daß die Teilnehmer des Vertrages sich verpflichten, beim Völkerbund eine Untersuchung zu veranlassen, wenn nach ihrer Auffassung eine Verletzung vorliegt. Nach Artikel 213 des Versailler Vertrags verpflichtet sich Deutschland, nur eine Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbundes für notwendig erachtet. Nach deutscher Ansicht werde dementprechend die Einsetzung einer neuen Kommission nicht nur überflüssig sein, sondern auch den Wert des Locarnovertrages herabsetzen. In Absatz 3 des Genfer Kommuniqués vom 16. September 1928 ist gesagt worden, daß die Zusammenfassung, das Funktionieren und die Dauer der Feststellungs- und Ausgleichskommission den Verhandlungen zwischen den Regierungen vorbehalten werden soll. Kommt man darüber nicht zu einer Einigung, so entfällt nach deutscher Auffassung die Einsetzung natürlich überhaupt. Dabei ist zu unterstreichen, daß das Genfer Kommuniqué keineswegs den Charakter eines Vertrages hat.

## Der Straßburger Bürgermeister aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen

Wie dem „Tempt“ aus Straßburg berichtet wird, hat der Bezirksvorstand der kommunistischen Partei in Straßburg den kommunistischen Bürgermeister Huber sowie einen seiner Mitarbeiter wegen schwerer Verfehlungen gegen die Parteidisziplin aus der Partei ausgeschlossen. Man wirft ihnen vor, daß sie nicht nur mit den Merkmalen gemeinsame Sache gemacht hätten, sondern daß Huber auch an Boicard patriotische Briefe gefandt und am Nationalfeiertag das Straßburger Münster habe illuminiert lassen. Den beiden wird die Absicht zur Last gelegt, daß sie eine Spaltung innerhalb der Partei hätten hervorgerufen wollen.

## Kriegsgräberfürsorge

Dem Völkerbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der in den letzten Jahren unter Einfluß seiner ganzen Kraft ein gutes Stück in seiner Arbeit vorwärtsgekommen ist und bereits 55 der großen Sammelriedhöfe in Frankreich würdig ausgestaltet, ist es nunmehr gelungen, von der französischen Regierung auch die Genehmigung zum Ausbau der gemischten Friedhöfe zu erhalten. Unter „gemischten Friedhöfen“ sind diejenigen Friedhofsanlagen zu verstehen, auf denen Angehörige verschiedener Nationen, aber je in einem besonderen Teil, bestattet sind. Nachdem die Vorschläge des Völkerbundes von der französischen Regierung unerschrocken angenommen sind, sollen die Arbeiten auf einigen dieser Friedhöfe möglichst noch im Laufe dieses Sommers aufgenommen werden. Er ist bemüht, nunmehr auch für die gemischten Friedhöfe geeignete Pläne zu finden, und hofft, daß die deutschen Städte, die erfreulicherweise wachsendes Interesse an der Kriegsgräberfürsorge zeigen, sowie die großen Verbände, Vereine und Körperschaften sich dieser Aufgabe mit besonderem Interesse annehmen.

Beschlagnahme bayerischer Kommunistenblätter. Durch Beschluß des Amtsgerichts München wurden die kommunistische „Neue Zeitung“ und die „Nordbayerische Volkszeitung“ beschlagnahmt. Anlaß zur Beschlagnahme gab ein Artikel „Vom 1. August bis 11. August“, der zum Hochverrat aufforderte.